

d. Trotz der unverhohlenen Feindschaft Oesterreichs schien die weitere Entwicklung des preussischen Einigungsversuchs rasch und glücklich fortzuschreiten. Die kleineren deutschen Staaten schlossen sich dem Dreikönigsbündnis an, in Gotha traten die hervorragendsten Mitglieder der Erbthronpartei des Frankfurter Parlaments zusammen und beschloffen, für die Annahme des von Preußen aufgestellten Verfassungsentwurfes zu wirken, und in Erfurt tagte bereits (unter dem Minister von Bodelschwingh) der Verwaltungsrat, um die Wahlen für den künftigen Reichstag vorzubereiten.

e. Zwar versuchten Sachsen und Hannover jetzt, den Fortschritt des Einigungswerkes zu hemmen, indem sie bei der Beschlußfassung über die Einberufung des Reichstages (Oktober 1849) erklärten, daß ohne die Beteiligung sämtlicher deutschen Staaten und ohne eine vorangehende Verständigung mit Oesterreich keine Abänderung der alten Bundesverfassung erfolgen dürfe, aber Preußen ließ sich zunächst weder durch den Protest der beiden Mittelstaaten noch durch deren Fernbleiben von den Sitzungen des Verwaltungsrates irremachen.

Im Januar 1850 fanden die Reichstagswahlen statt, und im März trat der Reichstag in Erfurt zusammen. Auf Betreiben der sogenannten Gothaer Partei einigten sich die Mitglieder des Erfurter Parlaments rasch auf die Annahme des Verfassungsentwurfes und erklärten sich auch mit der von Friedrich Wilhelm IV. gewünschten konservativen Revision der Verfassung einverstanden; schon am 15. April 1850 kam die Verfassung des neuen Einheitsbundes, der als die „Union“ bezeichnet wurde, zustande, und das Erfurter Parlament ging auseinander (29. April).

4. Je mehr sich aber die von Preußen geleitete Einheitsbewegung ihrer Vollenbung näherte, desto kräftiger äußerte sich die Gegenwirkung Oesterreichs.

a. Noch vor der Eröffnung der Berliner Konferenzen hatte Friedrich Wilhelm IV. seine Pläne dem Wiener Hofe mit dem Anerbieten eines für Oesterreich außerordentlich vorteilhaften weiteren Bundes zwischen dem geeinten Deutschland und dem Kaiserstaate vorgelegt. Aber „die unwiderleglichsten Gründe der Nützlichkeit prallten in Wien an dem Gefühle ab, daß Oesterreichs Ehre ein solches Zurückweichen aus Deutschland nicht gestatte“. Solange Schwarzenberg freilich der inneren Schwierigkeiten seines Landes noch nicht Herr war, mußte er sich in Deutschland auf einen bloßen Protest gegen das Vorgehen Preußens beschränken.

b. Natürlich ließ Oesterreich nichts unversucht, um rasche Erfolge der preussischen Einigungspolitik zu verhindern. Die süddeutschen Staaten wurden vor allem durch die österreichischen Abmahnungen vor dem Anschluß an die preussische Union abgehalten. Bezeichnend für die Erbärmlichkeit der Mittel, mit denen Oesterreich dem verhassten Nebenbuhler entgegenarbeitete, waren die Bemühungen des Reichsverwesers, das Vordringen der preussischen Truppen in den Kämpfen der badischen Revolution zu verzögern.

c. Nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes konnte sich Schwarzenberg den deutschen Dingen mit größerer Tatkraft zuwenden.

α. Die Erfolge der preussischen Unionspolitik hatten in Wien eine steigende Erbitterung hervorgerufen. Im September 1849 hatte Preußen dem österreichischen Gegner abermals die Waffen zum Kampfe gegen seine Einigungspolitik gestärkt; indem es seine Zustimmung dazu gab, daß die